

Bürgerlicher Kampf für weniger Steuern

Kantonsrat Auf dem Tisch liegen zwei Anträge von CVP und FDP – der Entscheid fällt heute

VON ELISABETH SEIFERT

Das Parlament hat gestern die Diskussion um eine Senkung der Staatssteuern lanciert. Dies im Rahmen der Debatte über einen entsprechenden Auftrag aus der Feder der FDP und der Fraktion CVP/EVP/GLP. Der Vorstoss ist mit dem Stichentscheid von Kantonsratspräsident Claude Belart (FDP, Rickenbach) zwar abgelehnt worden. Beide Fraktionen haben aber – je unterschiedliche – Anträge für eine Steuersenkung formuliert, über die das Parlament aller Wahrscheinlichkeit nach im Verlauf der heutigen Detailberatung des Budgets 2012 befinden wird. Die grosse Mehrheit der CVP will für das Jahr 2012 bei natürlichen Personen den Steuerfuss im Sinn einer einmaligen Steuerrückerstattung um zehn Prozentpunkte auf 94 Prozent reduzieren. Eine Mehrheit der FDP setzt sich demgegenüber für eine nachhaltige Steuersenkung um vier Prozentpunkte ein.

SVP unterstützt die CVP

Der überparteiliche Auftrag der FDP und der CVP, der im Juni dieses Jahres eingereicht worden ist, hatte von der Regierung verlangt, ein Budget vorzulegen, das eine Senkung des Steuerfusses von 104 auf 94 Prozentpunkte vorsieht. Unterstützung fand der Auftrag gestern bei der grossen Mehrheit der Fraktion CVP/EVP/GLP, der geschlossenen SVP-Fraktion sowie bei einigen Freisinnigen. Roland Fürst (CVP, Gunzgen) plädierte dabei als Sprecher seiner Fraktion dafür, den Auftrag im Fall einer Annahme als unerledigt abzuschreiben. Da der Auftrag dem Parlament erst jetzt im Rahmen der Budgetdebatte vorgelegt werde, habe man gar keine andere Wahl, kritisierte der CVP-Mann. An ihrem Steuerfussbegehren um zehn Prozentpunkte hält die CVP indes fest, betont aber, dass diese nur fürs Jahr 2012 gelten soll. Die «Tieferansetzung des Steuerfusses bedeutet keinen Präzedenzfall für die kommenden Budgetjahre», heisst es in der Begründung des Antrags. «Wir wollen den Steuerzahlern etwas von den in den vergan-



Die bürgerlichen Fraktionen setzen sich mit unterschiedlichen Anträgen für eine Steuersenkung ein. OM

genen Jahren zu viel eingezogenen Steuern zurückerstatten.»

Die FDP, die ihren Antrag erst heute in schriftlicher Form vorlegen wird, kann einem solch «einmaligen Steuerrabatt», wie sich Fraktionspräsident Yves Derendinger (Solothurn) ausdrückte, wenig abgewinnen. «Die Steuerzahler müssen längerfristig wissen, wie viel Steuern sie bezahlen müssen.» Eine einmalige Steuerrückvergütung habe zudem keinen Einfluss auf den Platz des Kantons im interkantonalen Steuerranking. Aufgrund des hochdefizitären Budgets 2012 sei eine nachhaltige Senkung des Steuerfusses um zehn Prozentpunkte indes zu hoch. «Angemessen» sei hingegen ein Steuerfuss von 100 Prozent und damit eine Reduktion um vier Prozentpunkte.

Heinz Müller (SVP, Grenchen) wiederum unterstützte namens seiner Fraktion den Antrag der CVP, ohne sich allerdings auf eine einmalige Steuerreduktion festzulegen. Die Budgets der letzten neun Jahre

seien eine «Chronologie des Jammerns», da die Staatsrechnungen immer bedeutend besser ausfielen. Über eine Milliarde Franken habe der Kanton in den vergangenen Jahren mehr eingenommen als ursprünglich budgetiert.

«Prinzip Hoffnung ist trügerisch»

Die Sprecher von SP und Grünen können den Steuersenkungsgelüsten nicht viel abgewinnen. Aufgrund des Finanzplans der kommenden Jahre und der unsicheren wirtschaftlichen Prognosen könne man sich eine solche nicht leisten, meinte Simon Bürki (SP, Biberist). Die Gemeinden müssen zudem befürchten, dass sie die Leidtragenden sind. Unseriös sei insbesondere die Idee einer Steuersenkung für ein Jahr. Margrit Misteli (Grüne, Solothurn) führte ins Feld, dass selbst eine Steuersenkung von zehn Prozent die kleinen Einkommen nur unmerklich entlasten würde. «Es fehlt aber dann das Geld, um für diese Einkommensschichten den

Busse statt zweite Mahnung

Das kantonale Steueramt kann die Mahngebühr bei verspäteter Einreichung der Steuererklärung von 50 auf 60 Franken erhöhen. Der Kantonsrat hat ein Veto der SVP gegen diese Verordnungsänderung mit 52:40 Stimmen abgelehnt. Reicht der Bürger die Steuererklärung trotz Mahnung nicht ein, erhält er neu keine zweite Mahnung mehr, sondern direkt eine Busse. Das Steueramt hofft, dass nun weniger Bürger ihre Steuererklärung zu spät einreichen. (SFF)

nötigen Ausgleich zu schaffen.» «Es ist unhaltbar, die Steuern zu senken und zu hoffen, dass es am Schluss aufgeht», sagte Finanzdirektor Christian Wanner. «Das Prinzip Hoffnung ist trügerisch.» Kaum durchführbar sei eine einmalige Steuersenkung. «Wenn man diese dann rückgängig macht, wird das als Steuererhöhung ausgelegt.» **Kommentar rechts**

Kommentar

von Elisabeth Seifert



Falsche Zeit für richtiges Ziel

■ Der Kanton Solothurn belegt bei der Besteuerung der natürlichen Personen im interkantonalen Vergleich einen Platz im hinteren Drittel. Es ist daher – grundsätzlich – verständlich und richtig, dass sich die bürgerlichen Parteien für eine Senkung des Steuerfusses starkmachen; zumal der Kanton über ein stattliches Eigenkapital verfügt. Zum jetzigen Zeitpunkt ist eine Steuersenkung aber nicht zu verantworten.

Die fetten Zeiten, in denen die Staatsrechnungen mit hohen Millionenbeträgen im Plus abgeschnitten haben, sind – zumindest vorerst – vorbei. Nicht nur aufgrund bekannter Kostentreiber wie der neuen Spitalfinanzierung. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Steuererträge juristischer Personen aufgrund der Euro-Krise weniger reichlich ausfallen dürften, als derzeit noch budgetiert. Völlig unklar ist zudem, wann die Nationalbank, die neue Interventionen zur Stärkung des Frankens plant, wieder einen substantiellen Gewinn erzielen wird, an dem die Kantone teilhaben können. Schon ohne Steuergeschenke ist es schwierig, das Eigenkapital nicht allzu stark zu strapazieren. Im Falle einer Senkung indes führt kein Weg an einschneidenden Sparmassnahmen vorbei, die den Vorteil einer Steuersenkung für breite Teile der Bevölkerung nur allzu schnell zunichte machen können. Warten wir also mit einer Steuersenkung, bis wir in finanzpolitischer Sicht wieder klarer sehen – und uns für eine finanzierbare und nachhaltige Steuersenkung entscheiden können. Alles andere ist ein Murks.

elisabeth.seifert@azmedien.ch

Zähes Ringen für ein kleineres Loch in der Staatskasse

Budget 2012 Die Finanzkommission des Kantonsrats will das 99-Millionen-Defizit um rund 11 Mio. Franken verbessern. Die SVP verlangt höhere Einsparungen, die SP tiefere.

VON STEFAN FRECH

In einem Punkt waren sich die Fraktionen in der gestrigen Eintretensdebatte zum Budget 2012 einig: Das vom Regierungsrat vorgelegte Defizit von 98,9 Mio. Franken ist zu hoch. Die Finanzkommission (Fiko) hatte bereits im November alle vorgelegten Globalbudgets nochmals genau geprüft und dabei zusammen mit der Regierung Einsparungsmöglichkeiten von total 23 Mio. Franken gefunden (wir berichteten). Da aber der Kantonsrat fast zeitgleich beschlossen hatte, dass sich der Kanton mit mehreren Millionen Franken an der Pflegefinanzierung beteiligen muss, musste die Fiko akzeptieren, dass das Defizit immer noch hohe 88,2 Mio.



«Wir behalten uns je nach Verlauf der Debatte vor, das Budget zurückzuweisen.»

Colette Adam, SVP

Franken beträgt. Der SVP-Fraktion gehen die von der Fiko vorgeschlagenen Einsparungen nicht weit genug.

Sie beantragt eine zehnjährige Kürzung aller Globalbudgets, bei denen sich die Amtschefs nicht in der Lage gefühlt hatten, der Fiko Kürzungsvorschläge zu machen. Es handelt sich um die Verpflichtungskredite für Drucksachen und Lehrmittel, Mehrjahresplanung Hochbau, Mehrjahresplanung Strassenbau, Denkmalpflege und Archäologie, Jugendanwaltschaft, Steuerwesen sowie Mehrjahresplanung Informatikprogramm. Die anderen Fraktionen sprachen sich jedoch gegen eine solche «verantwortungslose Rasenmäher-Methode» aus, wie es Marguerite Misteli (Grüne, Solothurn) ausdrückte.

SP will nicht bei der Polizei sparen

SVP-Sprecherin Colette Adam (Derendingen) kritisierte die Regierung scharf, weil sie nicht von sich aus Sparvorschläge gemacht hatte. Mit Blick auf die von der SVP geforderten zusätzlichen Einsparungen und die Steuersenkung (siehe Artikel oben) drohte Colette Adam: «Wir behalten uns je nach Verlauf der Debatte vor, das Budget zurückzuweisen.»

Die SP reichte gestern ebenfalls verschiedene Anträge ein. Sie möchte die Kürzungsvorschläge der Fiko bei den Globalbudgets Polizei (1,5 Mio. Franken) und Energiefachstelle (1,2 Mio. Franken) rückgängig machen. Auch die Grünen und Grünliberalen wehren sich mit Anträgen gegen die Einsparungen im Bereich der Förderung der Energieeffizienz. Die Globalbudgets Polizei, Energiefachstelle und 14 weitere Verpflichtungskredite werden erst in der heutigen Kantonsratssession behandelt.

Lehrmittelverlag bleibt verschont

An der gestrigen Sitzung hat das Parlament die ersten fünf Globalbudgets unter die Lupe genommen. Die SVP scheiterte bereits beim ersten Versuch, die 10-Prozent-Kürzung durchzusetzen. Den 7,94 Mio. Franken-Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Drucksachen und Lehrmittel» 2012–2014 akzeptierte der Kantonsrat mit klarer Mehrheit. «Die Drucksachenverwaltung und der Lehrmittelverlag haben ihre Ausgaben so weit gesenkt, wie sie konn-

ten», sagte FDP-Sprecher Beat Loosli (Starrkirch-Wil).

Keine Chance für SVP-Anträge

Auch bei den Mehrjahresplanungen Hochbau und Strassenbau 2012–2015 konnte sich die SVP nicht durchsetzen: «Die Ausgaben für die Kleinprojekte können ohne Substanzverlust gekürzt werden», sagte Sprecher Walter Gurtner (Däniken). Das sahen die anderen Fraktionen anders. Hingegen fanden die Kürzungsanträge der Umwelt-, Bau- und Umweltkommission (Umbawiko) bei den Globalbudgets Hochbau und Strassenbau 2012–2014 eine klare Mehrheit im Rat: Das Hochbauamt hat sich bereit erklärt, beim Büro-Möbiliar eine Million Franken einzusparen. Nur die Grünen sprachen sich gegen diese Kürzung aus. Auch das Globalbudget Strassenbau wurde auf Antrag der Umbawiko um eine Million Franken gekürzt. «Einerseits werden Stellen nicht besetzt, andererseits werden Sanierungen zeitlich optimiert», erklärte Umbawiko-Präsident Markus Grütter (Biberist).